



## VR China

(Volksrepublik)

**Fläche:** 9'596'960 km<sup>2</sup>

**Bevölkerung:** 1'284'303'705 (Schätzung vom Juli 2002)

**Hauptstadt:** Peking

**Unabhängigkeit:** Seit 221 v.Chr.

**Nationalfeiertag:** 1. Oktober (Gründung der Volksrepublik China 1949)

**Verfassung:** 4.12.1982 (letztmals geändert 1994)

**BSP pro Einwohner:** 4'600 \$ (2002)

**Währung:** Yuan (CNY)

**Armut:** rund 10 % (Schätzung Weltbank)

**Arbeitslosigkeit:** Offiziell 7 %, nach unabhängigen Schätzungen zwischen 15 % und 25 %

**Wichtigste Wirtschaftszweige und Ressourcen:** Eisen und Stahl, Kohle, Maschinenindustrie, Waffenindustrie, Textilien und Kleidung, Petroleum, Zement, Dünger, Schuhe, Spielzeug, Lebensmittelverarbeitung, Automobile, Elektronik, Telekommunikation

**Sprachen/-dialekte:** Mandarin (71 %), Wu (9 %), Xiang (5 %), Yue (5 %), Min (4 %), Hakha (4 %)

**Religionen:** Offiziell atheistisch; Taoismus, Buddhismus, Islam (1-2 %), Christentum (3-4 %)

**Ethnische Gruppen:** Han ChinesInnen (92 %), Zhuang, Manchu, Hui, Miao, UighurInnen, Yi, MongolInnen, TibeterInnen, Buyi, KoreanerInnen und andere

**Administrative Einheiten:** 23 Provinzen (Sheng): Anhui, Fujian, Gansu, Guangdong, Guizhou, Hainan, Hebei, Heilongjiang, Henan, Hubei, Hunan, Jiangsu, Jiangxi, Jilin, Liaoning, Nei Mongol, Qinghai, Shandong, Shanxi, Sichuan, Taiwan, Yunnan, Zhejiang; fünf autonome Regionen (Zizhiqu): Xizang (Tibet), Xinjiang, Innere Mongolei, Ningxia, Guangxi und vier direkt der Zentralregierung unterstehende Gemeinden (Shi): Peking, Shanghai, Tianjin, Chongqing, zwei spezielle administrative Einheiten: Hong Kong und Macau.

**Staatsform:** Kommunistischer Staat

**Staatsoberhaupt:** Staatspräsident Hu Jintao, Vizepräsident Zeng Qinghong (seit März 2003).

**Regierungschef:** Wen Jiabao (seit März 2003).

**Parteien:** Kommunistische Partei Chinas (KPC) und acht von ihr kontrollierte kleine Parteien, die zusammen als die "demokratischen Parteien" bezeichnet werden. Unzählige in Opposition zur KPC stehende Parteien sind verboten (z.B. China Democracy Party, Inner Mongolian People's Party, Party for Freedom and Democracy in China usw.)

**Parlament:** Das höchste Organ der Staatsgewalt ist der Nationale Volkskongress, der einmal im Jahr zusammentritt. Er hat u.a. die Kompetenz, den Staatspräsidenten zu wählen.

**Wahlrecht:** Alle chinesischen BürgerInnen besitzen das aktive und passive Wahlrecht. Das Volk wählt die VertreterInnen der lokalen Volkskongresse, wobei nur Personen gewählt werden können, welche die Linie der KPC vertreten. Die Volkskongresse der Provinzen, autonomen Regionen, direkt der Zentralregierung unterstehenden Gemeinden und der Nationalen Volksarmee wählen die Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses. Das Interesse an der Wahl der Volkskongresse ist typischerweise – vor allem in ländlichen Gegenden – gering. Ein tatsächliches Wahlrecht nach westlichem Demokratieverständnis existiert nur auf kommunaler Ebene, wo aus mehreren KandidatInnen VertreterInnen für Nichtregierungs-Dorfkomitees gewählt werden können.

**Wahlen:** Alle fünf Jahre werden Präsident und Vizepräsident gewählt. Der Regierungschef (Ministerpräsident) wird vom Staatspräsident vorgeschlagen und muss vom Nationalen Volkskongress bestätigt werden. Auch die Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses werden alle fünf Jahre neu gewählt.

**Recht und Gerichtswesen:** Die Rechtssprechungsorgane sind die Volksgerichte: Der oberste Volksgerichtshof in Peking, die Höheren Volksgerichte, die Volksgerichte der mittleren Ebene und die Volksgerichte der Grundebene. Das Justizwesen Chinas hat viele Schwächen: so z.B. eine fehlende



Unabhängigkeit der Gerichte, die weit verbreitete Anwendung administrativer Haft, d.h. Inhaftierungen durch lokale Behörden ohne Anklage, Urteilsspruch oder juristische Kontrolle und die Ausübung von Folter zur Erpressung von Geständnissen.

**Wehrdienst:** Die VR China kennt die Wehrpflicht für grundsätzlich alle Bürger und Bürgerinnen. Alle männlichen chinesischen Staatsbürger zwischen 18 und 22 Jahren sind verpflichtet, aktiven Militärdienst zu leisten. Frauen werden bei Bedarf aufgeboten. Der Dienst dauert beim Heer drei Jahre und bei Marine und Luftwaffe jeweils vier Jahre.

**Chronik:**

1949: Machtübernahme der Kommunisten unter Mao Zedong, Einmarsch der Volksarmee in Xinjiang.

1950: Einmarsch der Volksarmee in Tibet.

1959: Nationaler Volksaufstand in Lhasa, der von chinesischen Truppen blutig niedergeschlagen wird. Tibet wird daraufhin besetzt, der Dalai Lama – und mit ihm 100'000 TibeterInnen – fliehen nach Nordindien, wo er in Dharamsala eine Exilregierung aufbaut.

1978: Lancierung ökonomischer Reformen durch Deng Xiaoping, die China auf einen Öffnungskurs gegenüber der Marktwirtschaft bringen.

1988 – 1992: Hu Jintao, heutiger Staatspräsident, übt das Amt des Parteisekretärs Tibets aus, wo er mit der von Peking geforderten Härte regiert.

1996: Verbrechensbekämpfungskampagne *Strike Hard* wird lanciert

1999: Falun Gong wird verboten.

2001: Beitritt zur WTO; zweite Lancierung der "Verbrechensbekämpfungskampagne" *Strike Hard*

November 2002: 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas: Hu Jintao löst Jiang Zemin als Parteisekretär ab.

März 2003: Nationaler Volkskongress: Neubesetzung der Führungsspitze der Regierung. Hu Jintao wird Staatspräsident, Wen Jiabao wird Ministerpräsident und Jiang Zemin behält das Amt des Vorsitzenden des Militärausschusses.

**Menschenrechtssituation:** Behörden, Militär und Polizei begehen Menschenrechtsverletzungen in grosser Zahl. China hat zwar die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterschrieben, reagiert aber auf Kritik an ihrer Praxis mit dem Infragestellen deren universeller Gültigkeit und reklamiert für sich eine eigene Interpretation. Im Zuge der "Verbrechensbekämpfungskampagne" *Strike Hard* hat sich die Menschenrechtssituation in den Jahren 2001 bis 2003 weiter verschlechtert. Die Behörden gehen besonders hart vor gegen sogenannte "Terroristen", "Separatisten" und "Spalter" in den autonomen Regionen Tibet, Xinjiang und Innere Mongolei sowie gegen "religiöse Extremisten" und AnhängerInnen "boshafter Kulte", wobei letzteres v.a. Falug-Gong-Praktizierende betrifft. Besonders von Verfolgung bedroht sind auch Medienschaffende und InternetaktivistInnen, politisch Oppositionelle und Menschen, die sich für die Rechte der ArbeiterInnen einsetzen. Wer eine politische Organisation gründet, die das Machtmonopol der Kommunistischen Partei herausfordert, riskiert auch heute noch, verfolgt und inhaftiert zu werden. Entlassene politische Häftlinge bekommen oft keine Wohnung, ohne Wohnung auch keine Meldepapiere, ohne Papiere keine Arbeit. Auch mit Papieren bleibt die Arbeitssuche für ehemalige politische Gefangene extrem schwierig. Weitere Hauptprobleme der Menschenrechtspraxis in China sind willkürliche Verhaftungen, unfaire Gerichtsverhandlungen, Misshandlung und Folter in Haftanstalten und die Missachtung des Rechts auf Meinungs- und Religionsfreiheit.

**Asylgesuche in der Schweiz:** Neue Gesuche im ersten Halbjahr 2003: 127; erstinstanzlich hängige Gesuche am 30. Juni 03: 590. Entscheide: 51.

Quellen: SFH (Florian Blumer): VR China – Lageübersicht mit Schwerpunkt Tibet, Mai 2003; CIA World Factbook; U.S. Department of State; NZZ; FAZ; BBC; BFF.

